

Steuern:	
Besserverdiener lange geschont	2
Beschäftigung: Der zweigeteilte Arbeitsmarkt	3
Atypische Beschäftigung: Schlecht bezahlte Minijobs – Sackgasse für Millionen	4
Familienernährerinnen:	
Nach dem Job wartet die Familie	6
Finanzpolitik:	
Schuldenbremse – Keine Lösung für Europa	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Investieren gegen die Krise

Die deutsche Wirtschaft wird 2012 stagnieren, die Eurozone in die Rezession rutschen, so das IMK. Kurzfristig kann nur die EZB eine weitere Zuspitzung verhindern. Ein starrer Sparkurs schadet.

Ende der Erholung, nun auch in Deutschland: Nach zwei Jahren mit kräftigem Wachstum schlägt die Vertrauenskrise im Euroraum deutlich auf die Konjunktur durch. In der Bundesrepublik geht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012 nach der aktuellen IMK-Prognose um 0,1 Prozent zurück. Im Durchschnitt des Euroraums schrumpft es sogar um 0,6 Prozent. Weil in Europa in immer mehr Ländern Staat und Verbraucher massiv sparen, schwindet die Nachfrage nach Waren made in Germany. Lediglich der relativ starke private Konsum im Inland verhindert, dass die deutsche Wirtschaft noch stärker abgleitet. „Die Löhne haben sich zuletzt etwas stärker entwickelt. Wenn sich dieser Trend im neuen Jahr bei sinkender Inflation fortsetzt, stabilisiert uns das“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK.

Eine weitere Zuspitzung der Euro-Staatsanleihenkrise könnte allerdings auch die deutsche Konjunktur noch stärker ins Minus bringen – mit 1,5 Prozent Schrumpfung kalkuliert das IMK für diesen Fall. „Die Zeit drängt, da immer mehr Länder von der Krise erfasst werden, für die der Rettungsschirm nicht groß genug ist“, warnen die Forscher. Um weiteren Eskalationen vorzubeugen, plädieren sie für „klare Signale der Handlungsfähigkeit“ von Europäischer Zentralbank (EZB) und Euro-Staaten:

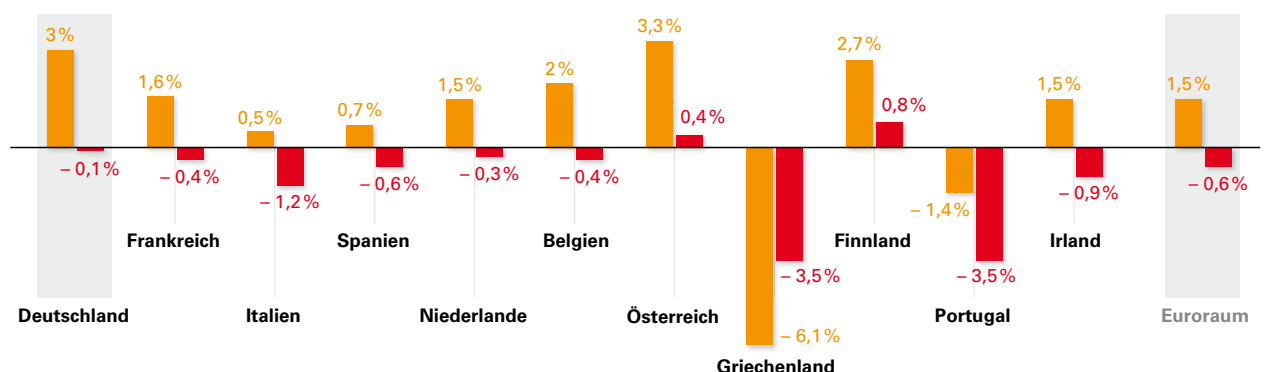
Die EZB solle weiter Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten kaufen – falls nötig, auch deutlich mehr als bisher. Flankierend müssten die Euro-Länder ein überzeugendes Signal dafür setzen, dass sie alles tun werden, um die Zahlungsfähigkeit aller Mitglieder der Währungsunion sicherzustellen. Das, so das IMK, könne durch die Einführung von Eurobonds geschehen oder über einen gemeinsamen Schuldentilgungsfonds, wie ihn die deutschen „Wirtschaftsweisen“ vorgeschlagen haben.

Es sei gefährlich, wenn Euro-Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen zeitgleich mit den Krisenstaaten auf Sparkurs gehen. Stattdessen empfehlen die Forscher Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Österreich stärkere öffentliche Investitionen, um die Konjunktur zu stabilisieren. Das IMK hält es für sinnvoll, notwendige zusätzliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen zu finanzieren. Auf diese Weise ergäben sich positive Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. ◀

* Quelle: Gustav Horn u.a.: Den Bann durchbrechen – Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2012, IMK Report 70, Januar 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Striktes Sparen würgt Wachstum ab

So verändert sich laut IMK das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr 2011 und 2012 in ...



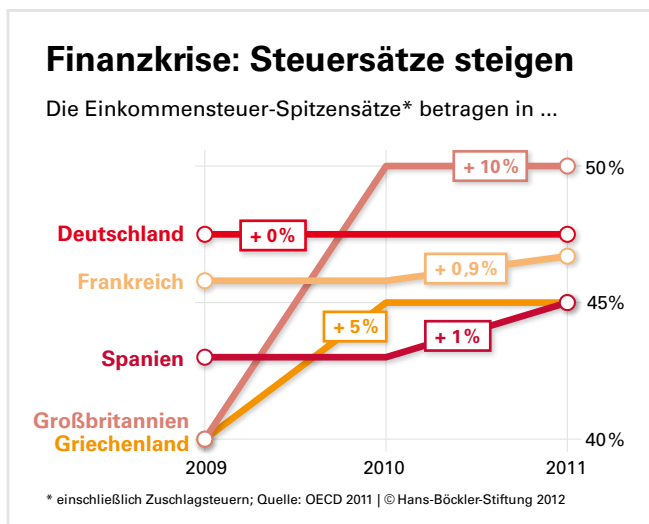
Quelle: Prognose des IMK 12/2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Besserverdiener lange geschont

Wer in Deutschland viel Geld verdient, muss heute weitaus weniger Steuern zahlen als in den 1990er-Jahren. Ein höherer Spitzensteuersatz brächte dem Fiskus Mehreinnahmen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr.

Top-Verdiener konnten sich in den vergangenen Jahren doppelt freuen: Ihre Einkommen stiegen, zugleich sank ihre steuerliche Belastung. Stefan Bach und Peter Haan vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sehen daher bei der Besteuerung sehr hoher Einkommen wieder „Spielraum nach oben“.* Die beiden Ökonomen haben die zu erwartenden Aufkommen für verschieden ausgestaltete Steuererhöhungen durchgerechnet – und kommen auf Mehreinnahmen zwischen 3,5 und 10 Milliarden Euro jährlich.

Die rot-grünen Steuerreformen von 1999 bis 2005 ließen den Spitzensatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent sinken. Seit 2007 gilt zwar für zu versteuernde Einkommen ab 250.000 Euro mit 45 Prozent wieder ein etwas höherer Satz. Dennoch bleibt die Steuerschuld für Steuerzahler mit sehr hohen Einkommen spürbar niedriger als 1998, so Haan und Bach. Auch andere EU- und OECD-Länder senkten die Spitzensätze in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich.



In Folge der Finanzkrise haben sich inzwischen viele Staaten drastisch verschuldet. Einige haben deshalb in jüngster Zeit ihre Spitzensteuersätze angehoben, allen voran Großbritannien – auf 50 Prozent. Auch in Deutschland werden höhere „Reichensteuern“ wieder verstärkt diskutiert. Die DIW-Forscher weisen darauf hin, dass wohlhabende Bürger dem Spitzensteuersatz nur teilweise unterliegen. Denn in Deutschland sei die „Dualisierung“ der Einkommensteuer stark vorangetrieben worden. Unternehmenseinkünfte und Kapitaleinkommen wurden zunehmend aus der gemeinsamen Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer herausgenommen und gesonderten proportionalen Steuersätzen unterworfen, die deutlich niedriger sind als der Spitzensteuersatz.

Dadurch greift der Höchstsatz nur noch bei Lohn- und Vermietungseinkommen, Unternehmenseinkommen der Selbstständigen, die nicht gleich wieder ins Unternehmen gesteckt werden, sowie Renten und Pensionen. Vom bestehenden „Reichensteuerzuschlag“ in Höhe von drei Prozentpunkten sind nur etwa 45.000 Steuerpflichtige betroffen, rund 0,1 Prozent aller Steuerpflichtigen. Auf Grundlage des DIW-Mikrosimulationsmodells und der Einkommensteuerstatistiken der Jahre 2004 bis 2007 kommen Bach und Haan hier auf geschätzte Mehreinnahmen von jährlich 800 Millionen Euro.

Von allen Oppositionsparteien liegen inzwischen Vorschläge zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes vor. Die beiden Ökonomen haben verschiedene Szenarien durchgerechnet:

- ▶ Die SPD spricht sich dafür aus, den Höchstsatz bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent anzuheben und die Reichensteuer abzuschaffen. Der Spitzensteuersatz würde ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro gelten. Damit würden etwa 260.000 oder 0,8 Prozent der Steuerpflichtigen einbezogen. Haan und Bach rechnen pro Jahr mit etwa 3,5 Milliarden Euro an zusätzlichem Steueraufkommen.
- ▶ Die Grünen möchten die 49 Prozent schon ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro gelten lassen. Zusätzlich sollen die Steuersätze zwischen 52.882 und 80.000 Euro stetig von 42 auf 49 Prozent steigen. Von diesen Änderungen wären rund 1,4 Millionen oder 4 Prozent aller Steuerzahler betroffen. Die Berechnungen der DIW-Forscher ergeben Mehreinnahmen von rund 6 Milliarden Euro.
- ▶ Bach und Haan steuern auch ein eigenes Szenario bei: Würde man die derzeitige Tariffunktion über den ersten Spitzensatz von 42 Prozent hinaus bis zu einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent verlängern, der bei einem zu versteuernden Einkommen von 77.000 Euro erreicht wäre, hätte das ein zusätzliches Steueraufkommen von zirka 10 Milliarden Euro zu Folge.
- ▶ Die Linkspartei schlägt sogar vor, den Spitzensteuersatz bereits ab 65.000 Jahreseinkommen auf 53 Prozent anzuheben. Aber sie möchte die Steuersätze bei unteren Einkommen deutlich senken. Unterm Strich seien so erhebliche Mindereinnahmen zu erwarten, schätzen die Forscher.

Gegner eines höheren Spitzensteuersatzes warnen vor Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen. Sie könnten dann weniger arbeiten. „Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass generell die Verhaltensreaktionen auf dem Arbeitsmarkt als Folge von Steuerreformen eher gering ausfallen“, entgegnet die Ökonomen. Trotz des massiven Abbaus der Steuerprogression mit der Steuerreform 2000 änderte sich das Arbeitsangebot nur relativ wenig, ergab eine frühere Studie des DIW.

Unternehmens- und Kapitaleinkünfte unterliegen ohnehin nicht mehr der Steuerprogression. Die Schattenseite dabei sei, dass sehr hohe Einkommen aus Unternehmens- und Kapitaleinkommen von einem höheren Spitzensteuersatz kaum betroffen wären, so Bach und Haan. Sollten diese wieder stärker in die progressive Einkommensbesteuerung einbezogen oder über Vermögensteuern höher belastet werden, müsste die „Reichenbesteuerung“ stärker international koordiniert werden, schlagen die DIW-Experten vor. So ließe sich das Verschieben von Gewinnen ins Ausland eindämmen. ◀

* Quelle: Stefan Bach, Peter Haan: Spitzensteuersatz: Wieder Spielraum nach oben, DIW Wochenbericht Nr. 46, November 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Der zweigeteilte Arbeitsmarkt

In Deutschland existieren zwei Arbeitsmärkte nebeneinander: einer mit geregelten und sozial abgesicherten Arbeitsverhältnissen für Qualifizierte und einer mit unsicheren, schlecht bezahlten Jobs. Wissenschaftler prognostizieren, dass sich diese Spaltung noch vertiefen wird.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich der deutsche Arbeitsmarkt stark verändert. Betriebe sind von einer internen zu einer externen Personalpolitik übergegangen: An die Stelle von Umbesetzungen als Reaktion auf veränderte Marktbedingungen traten zunehmend Neueinstellungen und Kündigungen. Zugleich ist der Niedriglohnsektor erheblich gewachsen. Werden sich diese Trends fortsetzen und die soziale Sicherheit aller Arbeitnehmer bedrohen? Christoph Köhler und Alexandra Krause von der Universität Jena haben versucht, diese Frage zu beantworten. * Ihre Langzeitbeobachtung des Arbeitsmarkts zeigt: Es fand keine gleichmäßige Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung statt, sondern eher eine Zweiteilung des Arbeitsmarkts. Der Soziologie-Professor und seine Forscherkollegin rechnen weder damit, dass sich die Zunahme unsicherer oder schlecht bezahlter Jobs ungebremst fortsetzt, noch mit einer kollektiven Rückkehr zum so genannten Normalarbeitsverhältnis. Sie erwarten in der Zukunft stattdessen eine „spannungsgeladene und instabile Koexistenz“ von zwei Teilarbeitsmärkten.

Anhand von Beschäftigungsdaten und Experteninterviews zeichnen Köhler und Krause die Entwicklung nach:

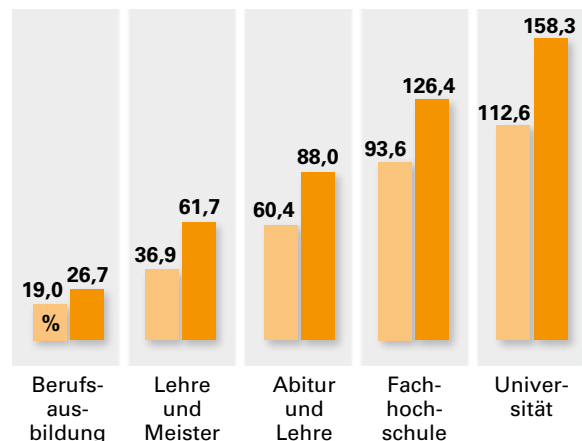
In der alten Bundesrepublik dominierten interne Arbeitsmärkte – Beschäftigte blieben lange bei einem Betrieb, versuchten im Unternehmen aufzusteigen statt sich durch Firmenwechsel zu verbessern, Unternehmen vermieden Entlassungen. Es gab einen starken öffentlichen Dienst und im internationalen Vergleich wenig Niedriglohnbeschäftigung. Anfang der 1990er-Jahre begannen sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu ändern: Die Bedeutung externer Arbeitsmärkte, die für das angelsächsische Wirtschaftsmodell typisch sind, nahm zu. Die Wiedervereinigung beschleunigte diesen Prozess noch.

Ostdeutschland erlebte nach der Wende den stärksten Beschäftigungseinbruch von allen Transformationsländern. Damit gewannen externe Arbeitsmärkte gegenüber internen stark an Boden – noch schneller als im Westen. Bei der Niedriglohnbeschäftigung „haben die ostdeutschen Betriebe den Westen überholt“, schreiben die Sozialforscher. Zudem sei die Beschäftigungsstabilität im Osten heute geringer als in den alten Ländern. Ostdeutschland wurde zum Vorreiter bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.

Von einem generellen Umbau des Arbeitsmarkts von dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen zu Hire-and-fire-Jobs könne jedoch keine Rede sein, stellen Köhler und Krause fest. Die Veränderungen konzentrierten sich auf bestimmte Segmente der Beschäftigungslandschaft. So habe sich vor allem bei einfachen Tätigkeiten die „Tarif- und Betriebsbindung von Beschäftigten aufgelöst“. In der Produktion und mehr noch in betrieblichen Servicebereichen wie Kantine, Reinigung oder Wachdienst seien vielfach Festangestellte durch Leiharbeiter oder Beschäftigte von Fremdfirmen ersetzt worden. Viele Arbeitnehmer, die früher zu den tarifvertraglichen Konditionen des Mutterkonzerns gearbeitet hatten,

Qualifikation zahlt sich aus

Der Mehrverdienst im Vergleich zu Geringqualifizierten betrug je nach Qualifikation 1984 und 2008...*



* nur sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte 40-jährige Männer in Westdeutschland
Quelle: IAB 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

haben in den vergangenen Jahren mit schlechterer Bezahlung in einem neuen Betrieb angefangen.

Die Spaltung in „Insider“, die im Unternehmen ihr Berufsleben einigermaßen berechenbar planen können, und „Outsider“, die regelmäßig den Weg über den externen Arbeitsmarkt nehmen müssen, verläuft häufig entlang der Qualifikation, so die Studie. **Besser Ausgebildete schaffen es leichter in den inneren Kreis, während Beschäftigte mit geringerer Qualifikation häufig am prekären Rand verharren.**

Verschiedene Indizien sprechen Köhler und Krause zufolge dafür, dass dieses Muster auf absehbare Zeit bestehen bleibt: In der jüngsten Konjunkturkrise habe sich gezeigt, dass Personalstabilität und interne Flexibilisierung – etwa Kurzarbeit statt Entlassung – nach wie vor eine große Rolle spielt. Zudem ist der Niedriglohnsektor in der jüngsten Zeit nicht mehr so schnell gewachsen wie in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts. Da das Arbeitsangebot aufgrund von anstehenden Verrentungswellen und schwachen Nachwuchskohorten insgesamt rückläufig ist, könnten zumindest Fachkräfte in eine stärkere Verhandlungsposition kommen. Prekär bleibe jedoch die Situation der Fehl- oder Geringqualifizierten. Ihre Lage zu verbessern sei zum einen Sache der Politik, die einen Mindestlohn einführen und „nicht-standardisierte Arbeitsverhältnisse“ beschränken könnte. Zum anderen stünden Betriebsräte und Gewerkschaften vor der Aufgabe, sich auch für die Interessen der Randbelegschaften einzusetzen. ◀

* Quelle: Alexandra Krause, Christoph Köhler: Von der Vorherrschaft interner Arbeitsmärkte zur dynamischen Koexistenz von Arbeitsmarktsegmenten, in: WSI-Mitteilungen 11/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Schlecht bezahlte Minijobs: Sackgasse für Millionen

Minijob-Beschäftigte werden vielfach systematisch geringer bezahlt als andere Beschäftigte – obwohl das verboten ist. Offenbar nutzen Unternehmen Minijobs gezielt, um Personalkosten zu drücken.

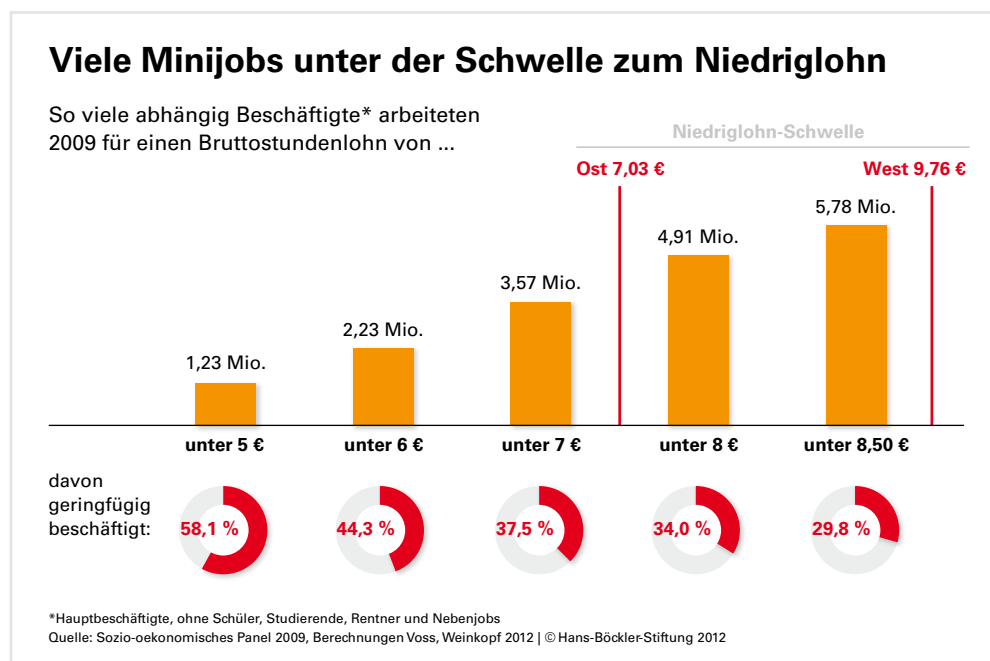
Eine Brücke in stabile Beschäftigung bilden sie nur selten.

Demnächst soll die Verdienstgrenze in Minijobs von 400 auf 450 Euro steigen. Darauf hat sich kürzlich die Regierungskoalition verständigt. Zeitgleich geraten die staatlich geförderten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse immer stärker in die Kritik: Der Deutsche Juristentag, der Deutsche Frauenrat und die Wissenschaftler, auf deren Expertise der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung beruht, warnen vor den hohen sozialen Folgekosten der Minijobs. Drei neue Studien, an denen Forscherinnen und Forscher der Hans-Böckler-Stiftung beteiligt sind oder die von der Stiftung gefördert werden, machen deutlich, wie groß das Problem ist: Die geringfügige Beschäftigung sei längst aus dem Ruder

„Der steile Aufstieg von Minijobs im deutschen Beschäftigungssystem ist ein besonders gutes Beispiel dafür, wie sich im Einzelnen begründbare Praktiken verselbstständigen und immer weiter wegführen von zukunftsfähigen Lösungen für eine moderne Erwerbsgesellschaft“, schreiben die Forscher. Und das Dilemma spitze sich zu. Denn die Minijobregelung sende ebenso wie das Ehegattensplitting an Frauen Signale, „die diametral dem entgegengesetzt sind, was der Staat von ihnen erwartet“. Die steuer- und abgabenrechtliche Privilegierung setze einen Anreiz für Ehepaare, die Erwerbstätigkeit der Frau auf einen Minijob zu beschränken. Dagegen zielten das neue Unterhaltsrecht, die Aktivierungspolitik am Arbeits-

markt oder die reformierte Hinterbliebenenversorgung zunehmend auf möglichst umfangreiche Erwerbstätigkeit und eigenständige Existenzsicherung von Frauen ab. Das sei mit geringfügiger Beschäftigung aber ausgeschlossen. Zugleich verschärfe die massenhafte Nutzung von Minijobs Probleme auf dem Arbeitsmarkt, weil Löhne und reguläre Beschäftigung unter Druck geraten. Auf welchen Wegen, zeigen die neuen Untersuchungen:

Minijobs als „Niedriglohnfalle“. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz verbietet Lohnabschläge aufgrund kürzerer Arbeitszeiten. Auch Minijob-Beschäftigte haben also Anspruch auf



gelaufen, konstatieren Dorothea Voss, Christina Klenner und Alexander Herzog-Stein, Arbeitsmarktexperten der Hans-Böckler-Stiftung.

Ursprünglich gedacht, um beispielsweise Hausfrauen einen unkomplizierten Nebenjob zu ermöglichen, hat sich die geringfügige Beschäftigung stark ausgebreitet. Und spätestens seit den Arbeitsmarktreformen von 2003 geht es nicht mehr nur um Hinzuverdienste. Im Frühjahr 2011, so die aktuellsten Daten, war jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis in Deutschland ein Minijob – insgesamt rund 7,3 Millionen. Für 4,8 Millionen Menschen, darunter 3,2 Millionen Frauen, stellte der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit dar. Minijobbende müssen selber keine Steuern und Sozialabgaben abführen, erwerben aber auch keine oder nur sehr geringe eigenständige Ansprüche an die Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

die gleichen Bruttostundenlöhne wie in einer vergleichbaren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. In der Praxis verdienen sie aber brutto weitaus weniger, belegen Böckler-Forscherin Voss und Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation mit Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). 2009 arbeiteten rund 88 Prozent der Menschen, für die der Minijob die Hauptbeschäftigung bildet, für einen Niedriglohn. Das heißt, für brutto weniger als 9,76 Euro in Westdeutschland oder weniger als 7,03 Euro in Ostdeutschland. Geringfügig Beschäftigte waren mehr als viermal so häufig von Niedriglöhnen betroffen wie der Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Rund 58 Prozent der 1,2 Millionen Beschäftigten, die in Deutschland weniger als 5 Euro pro Stunde verdienen, arbeiten im Minijob. Nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit (BA) verdienen Minijobber im Durchschnitt we-

niger als 9 Euro brutto pro Stunde – nicht einmal halb soviel wie Arbeitnehmer mit einer regulären Vollzeitstelle.

Mit objektiven Kriterien wie beispielsweise Unterschieden bei der Qualifikation lasse sich der große Lohnrückstand nicht erklären, betonen Voss und Weinkopf. Sie schließen daraus, dass Arbeitgeber den Steuer- und Abgabenvorteil der Minijobs zu ihren Gunsten ausnutzen. Mit einer Beispielrechnung demonstrieren die Forscherinnen, wie das geschieht: Eine sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erhält einen Bruttolohn von 13,50 Euro pro Stunde. Ist sie verheiratet, kinderlos und in der Lohnsteuerklasse V, verdient sie netto rund 7 Euro. Nach dem Gesetz müsste eine Minijobberin bei gleicher Tätigkeit brutto ebenfalls 13,50 Euro bekommen – und auch netto erhalten. Tatsächlich dürften viele Arbeitgeber den Minijob stattdessen nach der Maxime „netto gleich brutto“ bezahlen, im Beispielfall also mit 7 Euro. Auch wenn darauf 30 Prozent Pauschalabgaben für den Arbeitgeber fällig werden, wäre es so für ihn dennoch lukrativ, sozialversicherungspflichtige durch geringfügige Beschäftigung zu ersetzen. Weinkopf und Voss verweisen auf diverse Fallstudien aus dem Einzelhandel, dem Gast- und dem Reinigungsgewerbe sowie der Gesundheits- und Sozialbranche. Sie dokumentieren, dass selbst große Unternehmen mit gesetzeswidrigen Lohnabschlägen für geringfügig Beschäftigte operieren.

Betroffene Minijob-Beschäftigte merken beim Nettolohn keinen Unterschied, sie müssen aber auf jede eigenständige soziale Sicherung verzichten. Dies sei gerade für jüngere Frauen angesichts der zunehmend weniger verlässlichen Absicherung über die Ehe riskant. Für die große Mehrheit der geringfügig Beschäftigten werde der Minijob zur „Niedriglohnfalle“, warnen die Wissenschaftlerinnen. Und je mehr Unternehmen sie als Schlupfloch zur Reduzierung der Personalkosten nutzten, desto weniger Chancen auf eine vollwertige Beschäftigung blieben Arbeitnehmern. Das gelte insbesondere im Handel, dem Gast- und dem Reinigungsgewerbe, wo Minijobs bereits 40 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse ausmachen.

ALG II: Ausstieg eher ohne Minijob. Besonders niedrig sind die Bruttolöhne von Minijobbern, die gleichzeitig Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen. Das sind immerhin 12 Prozent aller geringfügig Beschäftigten. Sie verdienten 2009 im Durchschnitt sogar nur 6,08 Euro pro Stunde. Das haben Irene Dingeldey, Peter Sopp und Alexandra Wagner auf Basis von Paneldaten der BA errechnet.

Auch dieser zusätzliche Lohnrückstand lässt sich nach Analyse der Wissenschaftler von der Universität Bremen und vom Berliner Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt nicht durch geringere formale Qualifikation erklären. Vielmehr halten sie es für wahrscheinlich, dass die staatliche Grundsicherung bei solchen Löhnen oft einfach mit einberechnet werde, sodass „faktisch ein Kombilohn zu Lasten des Fiskus entsteht, die Wirtschaft folglich Lasten auf die Allgemeinheit abwälzt“. Dabei, so die Analyse, helfen Minijobs nur sehr begrenzt beim Wechsel in eine reguläre Beschäftigung: Den Erwerbslosen im BA-Panel gelang der Ausstieg aus dem Leistungsbezug häufiger, wenn sie vorher keiner geringfügigen Beschäftigung nachgegangen waren. „Eine allgemeine Brückenfunktion in den regulären Arbeitsmarkt ist nicht erkennbar“, vermerken die Forscher.

Minijob oft Teil eines prekären Erwerbsverlaufs. Das bestätigen WSI-Forscherin Christina Klenner und ihre Ko-

Autorin Tanja Schmidt: Lediglich neun Prozent der geringfügig Beschäftigten wechseln in ein Normalarbeitsverhältnis. Ein dringendes Interesse an einem Job mit längerer Arbeitszeit und höherem Verdienst dürften jedoch weitaus mehr Minijobberinnen haben, zeigt die Untersuchung der beiden Wissenschaftlerinnen, die die Lebensverhältnisse von erwerbstätigen Frauen zwischen 2001 und 2007 anhand von SOEP-Daten nachgezeichnet und Erwerbsverlaufsmuster identifiziert haben.

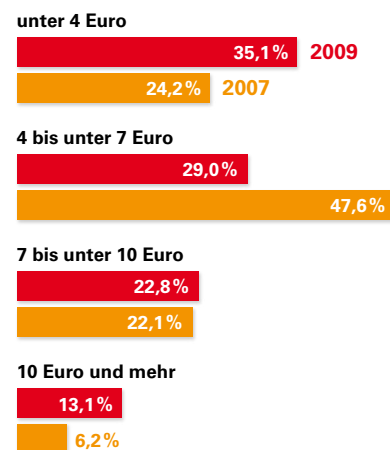
Denn nur auf einen Teil der untersuchten Frauen – rund 40 Prozent der Frauen mit Kindern – passt das verbreitete Bild von der Mutter mit normal verdienendem Partner, die per Teilzeittätigkeit das Familieneinkommen etwas aufbessert. Knapp zwei Drittel von ihnen haben Minijob-Erfahrung. Daneben identifizieren die Wissenschaftlerinnen eine Gruppe von Frauen, die Minijobs ausgeübt haben, weil es für sie keine anderen Angebote auf dem Arbeitsmarkt gab. Mehr als ein Viertel der untersuchten Gruppe lebt diese „diskontinuierlich-prekären“ Erwerbsverläufe, bei denen Minijobs eine wichtige Rolle spielen. Das betrifft Mütter etwas häufiger als Frauen ohne Kinder, Ostdeutsche öfter als Westdeutsche, jüngere häufiger als ältere. Viele von ihnen sind niedriger qualifiziert und leben in einem Haushalt mit sehr geringem Gesamteinkommen. Nur ein Teil hat einen versorgenden Partner. Für diese Frauen sei der Minijob doppelt problematisch, warnen Klenner und Schmidt: Nicht nur längerfristig, etwa im Fall einer Trennung oder wegen der mangelnden Absicherung fürs Alter, sondern bereits kurzfristig als Teil eines Erwerbsmusters, aus dem nur wenige hinausfinden.

Angesichts der beobachteten Fehlentwicklungen halten die Böckler-Experten Dorothea Voss, Christina Klenner und Alexander Herzog-Stein die steuer- und abgabenrechtliche Privilegierung von Minijobs für höchst fragwürdig. Um die Diskriminierung von Minijobs auf dem Arbeitsmarkt zu beenden und die drohenden Lücken in der sozialen Sicherung zu vermeiden, sei eine Abschaffung dieses Sonderstatus' unvermeidlich. Die Forscher sprechen sich zudem für verbindliche Lohnuntergrenzen aus, um extreme Niedriglöhne zu verhindern. ◀

* Quelle: Dorothea Voss, Claudia Weinkopf: Niedriglohnfalle Minijob, Irene Dingeldey, Peter Sopp, Alexandra Wagner: Governance des Einkommensmix: Geringfügige Beschäftigung im ALG II-Bezug, Christina Klenner, Tanja Schmidt: Minijobs – riskante Beschäftigungsform beim normativen Übergang zum „Adult-Worker-Model“; in: WSI-Mitteilungen, Heft 1/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Am wenigsten für Aufstocker

Minijobber mit ALG II verdienten ...



Quelle: Dingeldey, Sopp, Wagner 2012
© Hans-Böckler-Stiftung 2012

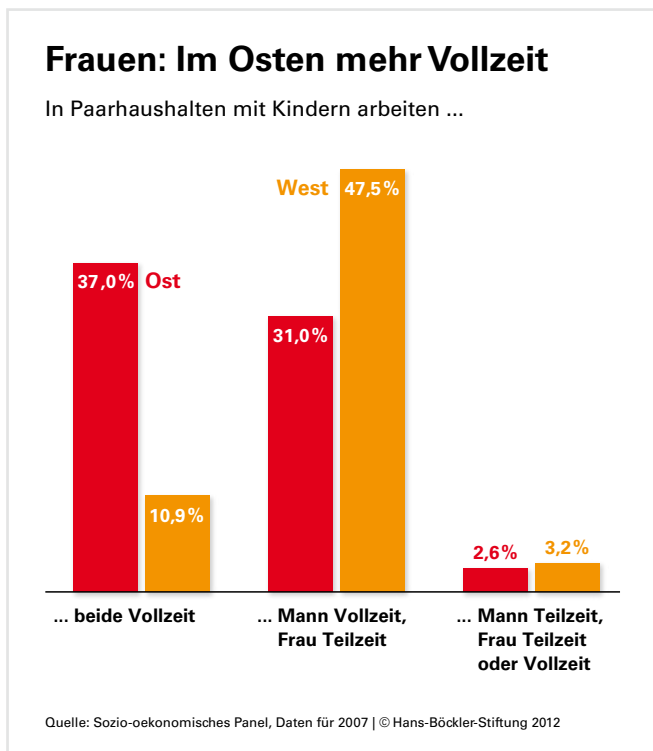
Nach dem Job wartet die Familie

Besonders in Ostdeutschland ernähren Frauen zunehmend ihre Familie. Dabei sorgen sie in der Regel auch weiterhin für Haushalt und Kinder – eine Doppelbelastung.

Wer beim Begriff „Familienernährerin“ an die Karrierefrau in Führungsposition denkt, erfasst nur einen kleinen Ausschnitt einer heterogenen Gruppe. WSI-Forscherin Christina Klenner hat zusammen mit Katrin Menke und Svenja Pfahl vom Berliner Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer die Lebenssituation ostdeutscher Familienernährerinnen untersucht und eine Typologie der Familienernährerinnen in Paarhaushalten entwickelt.* Dazu werteten sie Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus und führten Intensiv-Interviews mit rund 40 Frauen. „Dass immer mehr Frauen die Familie ernähren, ist Ergebnis zweier sich simultan vollziehender Wandlungsprozesse“, fassen die Wissenschaftlerinnen zusammen:

Die zunehmend bessere Arbeitsmarktintegration von Frauen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihrem Partner hinsichtlich ihrer beruflichen Position und damit auch ihres Einkommens überlegen sind. In Ostdeutschland, wo Frauenerwerbstätigkeit eine längere Tradition hat, ist in manchen Paaren die Frau höher qualifiziert als ihr Partner – entweder seit dem Beginn der Partnerschaft, etwa weil sie Akademikerin ist und er nicht, oder aufgrund eines erfolgreicher beruflichen Aufstiegs der Frau. Auch Vollzeitarbeit ist im Osten unter Frauen weiter verbreitet als in Westdeutschland. Zudem liegt der Frauenanteil in Führungspositionen in Ostdeutschland höher als im Westen.

So kann es vorkommen, dass eine Familienernährerin ihren Partner beispielsweise während einer Weiterbildungsphase absichert. In diesem Typ der „ausgehandelten biogra-



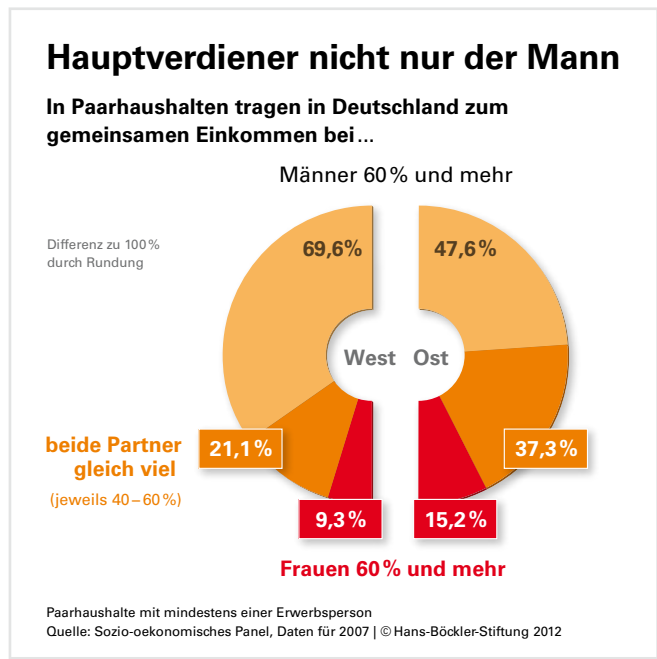
fischen Egalität“ teilen Mann und Frau eine gemeinsame biografische Perspektive, erläutern die Forscherinnen. Wer von den beiden Partnern den Hauptlebensunterhalt erwirbt, soll phasenweise wechseln.

Eine bedeutendere Rolle spielt allerdings, dass viele Männer die Familie nicht oder nicht mehr ernähren können, weil sie arbeitslos oder erwerbsunfähig sind. Deren Partnerinnen sind häufig selbst nicht hoch qualifiziert, arbeiten in einem frauentypischen, niedrig entlohnten Beruf, womöglich in Teilzeit – und müssen dennoch den Löwenanteil des Familieneinkommens erwirtschaften. Andere Männer finden lediglich eine Teilzeitstelle oder verdienen im Rahmen ihrer Selbstständigkeit wenig – auch ihre Partnerinnen rutschen dann schnell in die Rolle der Familienernährerin.

Beide Prozesse sind im Osten ausgeprägter als im Westen, so die Wissenschaftlerinnen. Das erkläre die stärkere Verbreitung von Familienernährerinnen-Haushalten in Ostdeutschland: Inklusive der Alleinerziehenden wird hier fast jeder vierte Mehrpersonenhaushalt von einer Frau ernährt. Familienernährerinnen stellen „unter den gegenwärtigen Bedingungen die am meisten belastete Gruppe in der Gesellschaft dar“, stellen die Autorinnen fest.

Belastet fühlten sich die Frauen vom engen finanziellen Korsett aufgrund ihrer niedrigen Einkünfte, von der finanziellen Unsicherheit durch fehlende Rücklagen und von schlechten Aussichten für die Alterssicherung. Überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten und fehlende Erholungszeiten führten zu hohen zeitlichen Belastungen. Einige Befragte berichteten von rücksichtslosem Verhalten von Vorgesetzten beim Thema Familienpflichten. Aus einer Auswertung von SOEP-Daten gehe zudem der schlechtere Gesundheitszustand von Familienernährerinnen im Vergleich zu anderen Frauen hervor. ◀

* Quelle: Christina Klenner, Katrin Menke, Svenja Pfahl: Flexible Familienernährerinnen – Prekarität im Lebenszusammenhang ostdeutscher Frauen?, Endbericht zum WSI-Projekt „Flexible Familienernährerinnen“, Dezember 2011
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de



Schuldenbremse: Keine Lösung für Europa

Den Euroländern wird eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild als Weg aus der Krise empfohlen. Dies wäre jedoch gefährlich – für die Konjunktur, die Staatsfinanzen und sogar die Finanzmärkte, so das IMK.*

Die Bundesrepublik hat es sich selbst auferlegt: das Verbot, über einen relativ eng gesteckten Rahmen hinaus neue Schulden aufzunehmen. Sorgen solch strenge Regeln in Sachen Staatsverschuldung für mehr Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten? Könnten sie also ein Vorbild sein für Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien? „Wir halten diese Logik grundsätzlich für falsch und für den Fortbestand des Euro extrem gefährlich“, schreiben dazu die IMK-Forscher Achim Truger und Henner Will.

Grundsätzlich falsch sei sie, „weil sie die Ursachen der Eurokrise in unzulässiger Weise auf eine unsolide Finanzpolitik in den gegenwärtigen Krisenstaaten verengt“, erläutern die beiden Volkswirte. Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte sowie die Verantwortung der gegenwärtig wirtschaftlich stärkeren Euroländer würden fast vollständig ausgeblendet. Auch sei die Annahme längst widerlegt, Finanzmärkte würden ausschließlich rational agieren.

Im Kern besteht die deutsche Schuldenbremse aus einer Struktur- und einer Konjunkturkomponente sowie einer Ausnahmeklausel. Das bedeutet: Über den Konjunkturzyklus hinweg sollen die öffentlichen Haushalte annähernd ausgeglichen sein. Die strukturelle Netto-Neuverschuldung des Bundes darf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, den Bundesländern sind neue Kredite gänzlich verboten. Nur im Abschwung dürfen ihre Ausgaben die Einnahmen überschreiten – im Aufschwung müssen die Defizite aber wieder ausgeglichen werden. Lediglich in außergewöhnlichen Notsituationen ist es Bund und Ländern erlaubt, über ihre Verschuldungsgrenzen hinauszugehen.

Willkürliche Obergrenze. „Dass eine Obergrenze für die Schuldenstandsquote sinnvoll sein kann, ist unstrittig“, so Will und Truger. Allerdings laufe die Zielvorgabe der Schuldenbremse bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von nominal drei Prozent langfristig auf eine gesamtstaatliche Schuldenstandsquote von 11,7 Prozent hinaus. Die neuere empirische Literatur hält aber erst Werte von 80 oder 90 Prozent für problematisch. Denn anders, als viele Laien glauben, hat es gravierende Nebenwirkungen, wenn Staaten radikal auf Kreditfinanzierung verzichten. Erstens ist der finanzielle Rahmen für Investitionen dann sehr eng. Zweitens bekommen auch die Sparer ein Problem: Ohne die Emission deutscher Staatspapiere sei unklar, in welche Anlageform und in welche Länder die traditionell hohe Ersparnis der Deutschen in Zukunft fließen soll, geben die Autoren zu bedenken. „Die Finanzmärkte dürften langfristig dadurch deutlich instabiler werden.“

Ende der Goldenen Regel. Bislang hatte die Finanzpolitik sich eines weithin akzeptierten ökonomischen Maßstabs für die Höhe staatlicher Defizite bedient, stellen die beiden Ökonomen fest: der Goldenen Regel. Sie erlaubt eine strukturelle Neuverschuldung in Höhe der öffentlichen Investitionen – denn auch kommende Generationen profitieren noch von neuen Straßen oder Schulgebäuden.

Wann greift die Schuldenbremse?

Es gibt mehr als 70 Varianten*, das strukturelle Defizit zu berechnen. Je nach Methode betrug es rund ...



* nach den Vorgaben der EU-Kommission, Berechnungen für Deutschland 2010
Quelle: IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Sparzwang zur Unzeit. Als möglicherweise größtes Problem sehen die IMK-Forscher, dass die Schuldenbremse „in einer Situation erheblich unterfinanzierter öffentlicher Haushalte eingeführt wurde“. Denn Bund, Länder und Gemeinden seien seit vielen Jahren immer wieder durch Steuersenkungen erheblich belastet worden. Einen strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt zu verlangen, bedeute über Jahre hinaus eine strikte Sparpolitik – und gefährde so Wachstum und Beschäftigung.

Kompliziertes Verfahren. Die von der Bundesregierung gewählte Methode zur Ermittlung des strukturellen Defizits sei „extrem komplex und allein dadurch schon in höchstem Maße intransparent und gestaltungsanfällig“, kritisieren Truger und Will. Zudem wirke das Verfahren prozyklisch, sprich: Im Abschwung werden die Staatsausgaben zu rigide begrenzt, im Aufschwung zu wenig. Schlimmstenfalls dürfte die deutsche Finanzpolitik mitten in einer europäischen Konjunkturkrise besonders wenig Schulden machen.

„Aus heutiger Sicht würde ich dem Bund dringend von einer solch präzisen Festlegung auf ein so unpräzises Verfahren abraten“, zitieren die beiden Volkswirte einen der Väter der Schuldenbremse, den ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Ingolf Deubel. Dieser gestand mittlerweile selbst ein, dass er, „obwohl gelernter Finanzwissenschaftler und Ökonometriker – zum Zeitpunkt meiner Zustimmung die (...) Konsequenzen nicht in allen Facetten überschaut habe“. Ein Vorbild für die europäischen Nachbarn? ◀

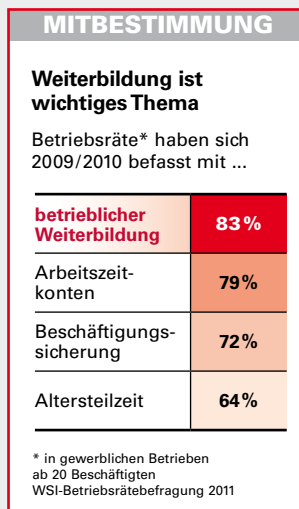
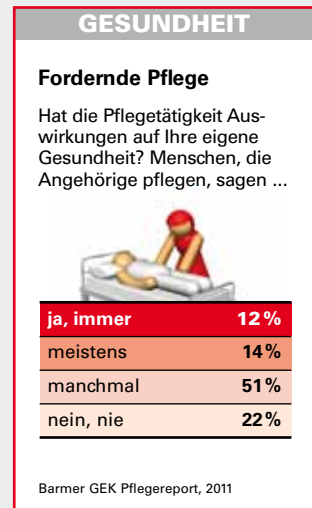
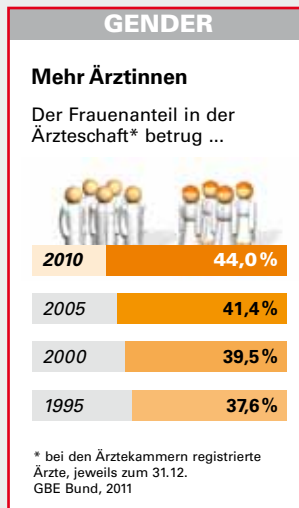
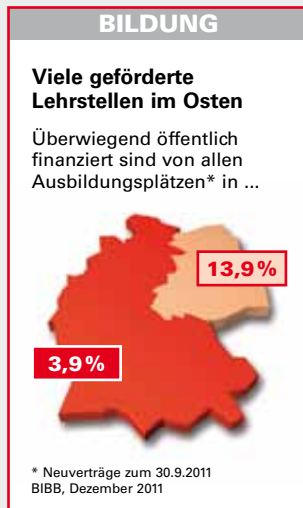
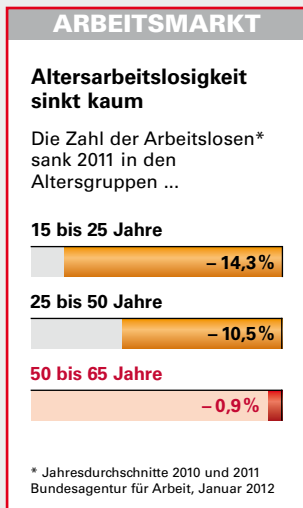
* Quelle: Achim Truger, Henner Will: Gestaltungsanfällig und prozyklisch: Die deutsche Schuldenbremse in der Detailanalyse, in: Clemens Hetschko, Johannes Pinkl, Hermann Pünder, Marius Thye (Hrsg.): Staatsverschuldung in Deutschland nach der Föderalismusreform II – Eine Zwischenbilanz, Bucerius Law School Press, Hamburg, im Erscheinen
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Das Verarmungsrisiko für Geringverdiener ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Während in den 1980er- und 90er-Jahren jedes Jahr etwa 10 Prozent der Geringverdiener unter die Armutsschwelle rutschten, stieg die jährliche „Verarmungsquote“ zwischen 2000 und 2007 auf 15 Prozent an. Dies hat das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) ermittelt. Aus der Mittelklasse fallen jedes Jahr nur etwa 2 Prozent der Haushalte unter die Armutsgrenze von derzeit rund 900 Euro netto. Besserverdiener sind so gut wie nie betroffen. Eine der Ursachen für den Anstieg der Verarmungsquote sind nach Einschätzung der Wissenschaftler die Veränderungen am Arbeitsmarkt: Geringqua-

lifizierte müssen häufiger als früher den Arbeitgeber wechseln und werden öfter arbeitslos. Hinzu kommt der Rückgang der Reallöhne im unteren Einkommensbereich. WZB, Dezember 2011

► **BILDUNG:** Jugendliche türkischer oder arabischer Herkunft haben schlechtere Chancen auf eine betriebliche Ausbildung als andere

Bewerber mit Migrationshintergrund. Wie aus einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hervorgeht, finden trotz Realschulabschluss nur 20 Prozent der türkischen beziehungsweise arabischen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Die Erfolgswahrscheinlichkeit von Jugendlichen aus Südeuropa liege bei 40 Prozent. BIBB, Dezember 2011

► **MITBESTIMMUNG:** Betriebsräte haben sich 2009/2010 befasst mit ...